

# presse

---

## Ausbeuterische Kinderarbeit verhindert Schulbildung

**Frank Schwabe**, menschenrechtspolitischer Sprecher:

**Viele Produkte auf dem deutschen Markt stammen aus ausbeuterischer Kinderarbeit. Nicht nur am heutigen internationalen Tag gegen Kinderarbeit sind Politik, Industrie, Handel und Verbraucher aufgerufen, sich gegen ausbeuterische Kinderarbeit einzusetzen. Not und Armut zwingen Minderjährige in armen Ländern zur Arbeit und verbauen ihnen die Chance auf Bildung und eine bessere Zukunft.**

„Weltweit muss ausbeuterische Kinderarbeit beseitigt werden. Nach den ILO-Übereinkommen 138 und 182 ist Kinderarbeit ein Verbrechen. In Deutschland wird regelmäßig über importierte Grabsteine diskutiert, die Kinder in indischen Steinbrüchen geschlagen haben. Politische Initiativen für ein „sauberes“ Endprodukt scheitern immer wieder an bürokratischen Hürden: So haben einige Kommunen in ihren Friedhofsverordnungen zwar festgelegt, dass nur Grabsteine aufgestellt werden dürfen, die nachweislich nicht durch Kinderarbeit produziert worden sind. Diese Verordnungen sind jedoch stets gerichtlich annulliert worden, da das Zertifizierungssystem nicht eindeutig geregelt sei. Hier besteht dringender Handlungsbedarf.

Wir treten dafür ein, dass Unternehmen alle Produktionsschritte kontrollieren, um ein „sauberes“ Endprodukt anbieten zu können. Ein einheitliches Zertifizierungssystem für die gesamte Produktions- und Lieferkette wäre ein wichtiger Schritt – nicht nur in der Steinproduktion. Notwendig sind auch eine bessere Aufklärung von Verbraucherinnen und Verbrauchern über Produkte aus Kinderarbeit und deren Hintergründe.

Wir treten für menschenwürdige Arbeit und das Recht auf Bildung ein. Dies wird auch in den UN-Nachhaltigkeitszielen gefordert. Kinder, die wie Sklaven in Haushalten, Steinbrüchen, Minen, Fabriken oder auf Feldern schuften, können

nicht oder nur zeitweise die Schule besuchen. Auf diese Weise nimmt man ihnen die Chance, ihrem schwierigen sozialen Umfeld durch schulische und berufliche Bildung zu entkommen. 170 Millionen Kinder sind davon betroffen.“